

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
 Nr. 5 + 33. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4** Berlin, 30. Januar 1932

Löhne — Preise — Indexzahlen

Neben den außenpolitischen Wirkungen ging der Zweck der 4. Notverordnung der Reichsregierung vom 8. Dezember v. J. innenwirtschaftlich darauf hinaus, die eingeleitete Deflation weiterzuführen. Inflation ist die Aufblähung der Zahlungsmittel über den Wert der wirtschaftlichen Güter hinaus. Deflation ist wörtlich genommen das Gegenteil. Im vorliegenden praktischen Fall stimmt diese Bezeichnung nicht ganz, denn der große volkswirtschaftliche Sinn der Regierungsmaßnahmen geht nicht auf eine Niedrigführung des Geldwertes unter den Marktwert hinaus, sondern auf eine Niedrigdrückung unter die seitherige Wertannahme. Diese war zu hoch. Mit den Deflationsbestrebungen soll eine allgemeine Wertbestimmung aller Güter und Leistungen erreicht werden, die den ausgeschaukelten Wertbegriffen der Vorkriegszeit, aber auch dem politisch niedrigen Kurs des Wirtschaftsvertrauens zu Deutschland besser als seither entspricht. Das sind grundsätzliche volkswirtschaftliche Gedankengänge, die ihre Auswirkung auf die uns direkt berührenden Löhne und Preise haben. Theoretisch gesehen, brauchen die unangenehmen Auswirkungen sich nur in der Uebergangszeit bemerkbar zu machen. Für das praktische Leben besteht allerdings die Besorgnis, daß der Kaufkraftwert der Löhne mehr sinkt, als es die Preise tun. Es besteht dann volkswirtschaftlich die weitere Gefahr, daß durch den Unterkonsum eine weitere Schrumpfung des Bedarfs, in der Folge Einschränkung der Betriebe und in weiterer Folge erhöhte Arbeitslosigkeit eintritt. Diese Wirkungen zu verhüten bzw. einzuschränken, wird zwar zunächst die Aufgabe der Notverordner, nicht weniger aber auch der Gewerkschaften sein.

Die Niedrigereinstufung aller Tariflöhne ist im allgemeinen durchgeführt. Für die Arbeitsbeschäftigten ergibt sich damit pro Woche ein nominal wesentlich geringerer Lohnbetrag. Für diejenigen, die Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung

Frauen! Fördert den Preisabbau!

Durch eure Hände geht der größte Teil des Lohn- einkommens. Deshalb könnt ihr auch den Preisabbau am nachhaltigsten beeinflussen. Der Preisabbau kommt teilweise nicht oder er bleibt unzulänglich, wenn ihr gedankenlos kauft und stumm die verlangten Preise zahlt.

Erinnert immer wieder den Handel an seine volkswirtschaftliche Pflicht der preiswerten und qualitativen Warenverteilung. Kontrolliert die Preise! Zählt auch nicht mit dem Schlagwort der bereits erfolgten „Vorleistung“ oder eines zehnjährigen Abschlages abspesen!

Selbst durch die Preisentung den Lohnabbau ausgleichen, heißt damit die Wirtschaftskraft des Arbeitertandes, aber auch des ganzen Volkes kücken! Konsum schafft Verbrauch — Verbrauch schafft Arbeit! Seid euch also eurer volkswirtschaftlichen Aufgabe bewußt!

beziehen, sind die Unterstützungsjahre gleich geblieben. Damit wird, wenn die Preise sinken, auf indirektem Wege die Härte der früheren Unterstützungserhöhungen etwas gemildert. Das gleiche trifft für die Bezüge von Invaliden-, Unfall- und Kriegsbeschädigtenrenten zu; für Unterstützungsempfänger der Wohlfahrtsfürsorge praktisch nur soweit, als hier nicht durch spießfindige Auslegung der Bedürftigkeit

oder — was leider in mehreren Fällen schon zutrifft — Zahlungsunfähigkeit der Unterstützungsgemeinde der Weg abgeschnitten ist.

Der durch die Notverordnung gewollte Preisabbau hat eine zeitlich interessante Geschichte. Zwischen dem 8. und 31. Dezember v. J. wurden in der Regel nirgends Preise ermäßigt, auch wenn Veranlassung dazu bestanden hätte. Kein Warenbesitzer wollte sich im voraus verausgaben. In der gleichen Zeit stockte aber auch die Kaufkraft, weil kein Käufer sich den Vorteil des erwarteten verbilligten Warenbezuges entgehen lassen wollte. Nach dem 1. Januar ist bei einer Reihe von Warengebieten eine bestimmte Preisentung eingetreten. Bestimmte statistische Feststellungen sprechen von einer 7prozentigen Senkung vom 8. Dezember bis 15. Januar. Die Bestrebungen, die Senkung der Warenpreise noch weiter zu treiben, bestehen wohl bei einzelnen Stellen, allein es fehlt der innere Schwung. Der Reichskommissar für Ueberwachung der Preise hat anerkennenswerterweise eine Reihe von Verfügungen getroffen, die teils sofort preisentend gewirkt haben, teils sich erst mit der Zeit auswirken. Dies mag beispielsweise von den Preisbildervereinigungen gelten. Die Käufer werden im Laufe der Zeit durch Vergleiche zu dem qualitativ gleichwertigen billigsten Geschäft gehen. Im allgemeinen herrscht aber das Gefühl, daß die ganze Preisentungaktion ihren großen Schwung verloren — eigentlich nie gehabt — hat, und daß die Gefahr einer Verlandung besteht. Eine solche Wirkung müßte von der in ihren Lohnsätzen von einem bestimmten Tage an gekürzten Arbeiterschaft ein neues Gefühl der Verbitterung erregen. Die vom Reichsarbeitsministerium und seinen Außenorganen, seinen Schlichtern durchzuführende Lohnsenkung hat geklappt. Die vom Reichswirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium und ihren verschiedenen Außenstellen und Sonderdezernaten zu vertretende Preisentung konnte gewiß zeitlich nicht in der gleichen Weise klappen, im Enderfolg muß sie aber durchzuführen sein, wenn nicht für das Reichsarbeitsministerium der zweifelhafte Ruhm entstehen soll, das „tüchtigste“ Ministerium in bezug auf die Deflation der Bezüge der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu sein. Die Bescheidenheit der beiden andern Ministerien hinsichtlich des Opferbringens der von ihnen betreuten Volkskreise besteht hier wirklich nicht zu Recht. Es bedarf noch ganz gewaltiger Einwirkungen durch die Presse und allenfalls durch die politischen Parteien, daß hier das Notwendige nachgeholt wird. Daneben muß aber auch wieder betont werden, daß es Aufgabe der Käuferchaft und hier insbesondere der Hausfrauen ist, die Preisgestaltung nach unten durch unerbittliche Kritik und Kaufsverweigerung zu beeinflussen. Es gibt nicht leicht ein Gebiet, auf die polizeiliche Reglementierung sich schwerer durchsetzt, als auf dem der Warenbeschaffung und der Warenpreise — siehe Kriegswirtschaftserfahrungen —. Nirgends ist aber auch die Möglichkeit mehr für den Käufer gegeben, sein Recht im wirtschaftlichen Existenzkampf besser anzuwenden, wie hier. Die eigenartigen Bestrebungen in Handel und Landwirtschaft, sich den unumgänglichen Deflationswirkungen zu entziehen, erfordern schärfste Aufmerksamkeit. Wir haben bereits „norgeleitet“, sagen weite Kreise, insbesondere die Verkäufer der Textilstoffe. Die Landwirtschaft kann nichts leisten im Preisabbau, weil die Mehrzahl ihrer Produkte beim Vorkriegspreis steht. Sie ist aber auch zu unentschlossen, zu veterinärwirtschaftlich, zu sozialfeindlich, dem in mancher Beziehung mehr wie übersehten Zwischenhandel den genossenschaftlichen Verkauf ihrer Produkte an die Verkaufsorganisationen der Verbraucher entgegenzusetzen. Die öffentlich-rechtlichen Betriebe für Verkehr, Elektrizität, Gas- und Wasserbelieferung sind an manchen Orten mit ihren Preisen heruntergegangen. Im großen und ganzen muß aber trotzdem gesagt werden, sie sind so steif und starr, so bürokratisch, so wenig wirtschaftswendig, daß einer geübten arbeitenden Privatwirt-

schaft nie eine günstigere Gelegenheit geboten war, diese öffentlich-rechtlichen Einrichtungen in ihrem zweifelhaften Erfolg für die Verbraucher ihrer Produkte an den Pranger zu stellen, wie jetzt. Im Zusammenhang mit diesen Dingen, muß auch noch gesagt werden, daß unsere nachkriegszeitlich demokratischere Verwaltung der Kommunen den Zweck der Demokratie auch noch nicht begriffen hat.

Die in bestimmten Zeitabschnitten festgestellten und zusammengefaßten Preise bestimmter Warengruppen nennt man einen Index (Anzeiger). Die Maßzahl für die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung ergibt der Reichslebenshaltungsindex. Dieser Index hat, mehrere Jahre gesehen, eine interessante Entwicklung genommen. Nachfolgend die interessanteren Vergleichsziffern:

Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100)

Monat	Gesamt- lebens- haltung	Ernäh- rung	Woh- nung	Setzung und Be- leuch- tung	Beklei- dung	sonstige Bedarf einshl. Verkehr
1927 Januar	144,6	150,7	104,9	144,7	156,7	182,4
April	146,4	150,3	115,1	143,1	155,9	182,9
Juli	150,0	156,8	115,1	141,6	156,4	183,5
Oktober	150,2	151,6	128,4	146,1	162,3	185,3
1928 Januar	150,3	151,9	125,5	146,0	166,5	185,7
April	150,7	151,0	125,5	144,6	169,9	186,4
Juli	152,6	154,1	125,7	144,2	170,5	188,0
Oktober	152,1	151,8	125,9	149,7	171,5	190,7
1929 Januar	153,1	153,3	125,9	151,0	172,5	191,1
April	153,6	154,0	126,0	151,2	172,7	191,6
Juli	154,4	155,7	125,1	149,4	172,1	191,9
Oktober	153,5	153,8	126,5	152,6	170,8	192,2
1930 Januar	151,6	150,2	126,7	153,8	169,8	193,0
April	147,4	142,8	127,5	152,2	167,6	193,4
Juli	149,3	145,9	130,0	150,1	165,5	193,6
Oktober	145,4	139,5	130,7	153,5	158,6	192,7
1931 Januar	140,4	133,5	131,8	150,4	146,4	187,3
April	137,2	129,2	131,6	149,3	141,6	185,1
Juli	137,4	130,4	131,6	146,0	138,9	184,3
Oktober	133,1	123,4	131,6	148,8	134,2	182,5
Dezember	130,4	119,9	131,6	148,8	129,1	180,5

Bei diese Zahlen zueinander vergleicht, stellt zunächst ein tatsächliches Abfallen der Preise vom höchsten Stand des Juli 1928 bis jetzt fest. Beim Gesamtlebenshaltungsindex beträgt der Abfall von Juli 1928 bis Dezember 1931 22,2, beim Ernährungsindex 34,2 Punkte, bei der Bekleidung 41,4 Punkte, beim sonstigen Bedarf 7,5 Punkte. Bei der Wohnung besteht ein Anstieg um 5,9 Punkte, bei Heizung und Beleuchtung um 4,6 Punkte. Der Abschlag beim Gesamtlebenshaltungsindex ist in dem vorgenannten Zeitraum rund 14,55 Prozent. Für den Nichtarbeiter und auch für den mit diesen Fragen nicht Beschäftigten kommt bei oberflächlichem Vergleich dieser Zahlen das Gefühl, daß also in dem angegebenen Zeitraum eine spürbare Erleichterung der Lebenshaltung eingetreten sei. Die Praxis des Lebens beweist das Gegenteil. Die Schuld liegt am Index. Zunächst berücksichtigt der Index zu wenig den wirklichen Lebensverbrauch. Sodann sind aber in ihm auch die verschiedenen öffentlich-rechtlichen Wegsteuerungen vom Einkommen nicht enthalten. In der Vorkriegszeit war die direkte Besteuerung des Arbeiters gegen heute wesentlich geringer. Die Sozialbeiträge sind in der Nachkriegszeit erhöht worden, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind neu eingeführt. In dem Zeitraum zwischen 1928 und 1931 haben wir eine ganz wesentliche Steigerung der Arbeitslosenbeiträge, dazu verschiedene neue indirekte Steuern, die Bürgersteuer in heute teils drei-, teils vierfacher Höhe ihres Anfangsstandes und die das Einkommen allmähentlich ganz wesentlich einschränkende Krisensteuer bekommen. Das sind Abzüge am Arbeitslohn, die die Minderung der Kosten der Lebenshaltung mehr wie ausgleichen. Diese Lohnmindernder öffentlich-rechtlichen Ausgaben müssen auch in Zukunft bei Betrachtung der sozialen Lage der arbeitenden Schichten besser gewürdigt werden wie seither. Entweder muß der Lebenshaltungsindex in diesem Sinn umgebaut oder eine andere Form des Lebenshaltungsvergleichs gefunden werden, die diesen Tatsachen Rechnung trägt.

Die aus diesen Darlegungen sich ergebenden gewerkschaftlichen und staatspolitischen Aufgaben sind so nahelegend, daß es sich erübrigt, sie im einzelnen zu erörtern.

Der große fremde Störenfried

Wenn ein unternehmender Kaufmann die Möglichkeit seines Geschäftes überblickt, so denkt er ganz natürlich daran, wo er am besten verdienen könne. Funktioniert die wirtschaftliche Ordnung so, daß von selbst die größte Verdienstmöglichkeit da entsteht, wo die größten volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten vorliegen, dann ist die Sache in Ordnung, dann kann der kaufende Unternehmer seine Kraft in der rechten Richtung betätigen; das Verdienst-Interesse und das Interesse der Allgemeinheit werden zusammenfallen. So dachten sich die Schöpfer und Klaffler der liberalen Wirtschaftsordnung tatsächlich die Welt. Werden nun Preise durch Einsatz wirtschaftlicher Mächte künstlich hochgehalten, so ergibt sich eine künstliche Regulation. Das kann manchmal wertvoll sein, dem Staatsinteresse oder dem Volksinteresse dienen. Aber in vielen Fällen ist es sehr schädlich. Die Rückkehr von einer verkehrten Regulation zur normalen ist immer schmerzhaft und geht über viele Hindernisse.

Aber es sind nicht die unmittelbaren Preisbindungen allein, die den automatischen Wirtschaftsregulator der liberalen Ordnung stören oder verfälschen. Vielleicht noch größer als die eigentlich wirtschaftlichen Störenfriede sind die außerwirtschaftlichen. Der Krieg hat während seiner Dauer und noch eine gute Weile nachher Länder, die miteinander in Austausch standen, voneinander abgeriegelt. Dadurch entstand die Tendenz, sich künstlich selbständig zu machen, auch dann, wenn die natürlichen Wirtschaftsbedingungen gar nicht gegeben waren. Unter gewaltigem Aufwand von Kapital wurden aus politischen Gründen Fabriken, Bergwerke, Knechtereien, Schiffsfahrtslinien errichtet, wo man sie aus rein wirtschaftlichen Überlegungen bestimmt nicht angelegt, sondern die benötigten Materialen und Dienste besser und billiger im Austausch von einem anderen Lande herangeholt hätte. Es ist kaum zu übersehen, wie viele Milliarden auf diese Weise in industriearmen Ländern investiert worden sind. Nun stehen dort vielfach große Fabriken, Bergwerke und dergleichen und suchen Absatz. Der Weltabsatz ist aber nicht hinreichend gestiegen, um nun diese künstlich und widerwirtschaftlich errichteten Unternehmen am Leben zu erhalten. Um die darin investierten großen Kapitalien nicht zu verlieren, suchen diese Länder sie auf alle Fälle zu beschäftigen. Weil aber die Mehrzahl von ihnen nach rein wirtschaftlichen Gesetzen nicht rentabel sein kann, also im Preis nicht konkurrieren könnte, muß man einen künstlich hochgehaltenen Preis schaffen. Das geschieht durch die Zolltarife. Und so hat in der Nachkriegszeit die zolltarifliche Abriegelung der Länder untereinander, zwecks Konservierung ihrer künstlich errichteten Produktionsstätten, zwecks Rettung des darin investierten Geldes, eine Verstärkung erfahren, die allen Beteiligten schädlich ist. Die natürliche, von der Schöpfung selbst vorbereitete Lösung der Weltwirtschaft beruht ja darin, daß die Landwirtschaft und jede darauf wohnende Bevölkerung zu den Gütern denjenigen Beitrag liefert, den sie aus den gegebenen Voraussetzungen des Bodens, des Klimas, der geistigen und körperlichen Talente der Bewohner zu liefern geeignet sind. Natürlich leidet unter der schweren Belastung dieses Grundgesetzes, der Zollabriegelung fast aller Länder voneinander, die gesamte Weltwirtschaft. Sie bedeutet im ganzen genommen eine gewaltige Verleserung und Schmälerung der jedem einzelnen zur Verfügung stehenden Lebensgüter. Während aber dieser, aus dem politischen Kamm, aus dem Nistkasten des Krieges geborene Schaden viele Länder — fast alle, die mit Zolltarifen gegeneinander kämpfen — trifft, hat derselbe große Störenfried, der Krieg, noch ungleich größeren Schaden in den Zentralstaaten, den Unterlegenen des Weltkrieges, angerichtet.

Stiegewald hat vor einigen Monaten an verschiedenen Stellen eine Zusammenstellung vorgelegt, welche Belastung die gegenwärtig in Deutschland lebende Generation jährlich aus dem Weltkrieg trägt. Bei der Frage: „Was kostet uns der Weltkrieg?“ denken die meisten Leute an die Reparation, die ja gewiß einen schweren Bestandteil aus dem Wirtschaftskörper Deutschlands darstellt. Aber die gesamte Wirtschaftslast aus dem Weltkrieg ist viel größer. Es kommen zu den Reparationszahlungen noch fast zwei Milliarden die Zahlungen für Kriegsbeschädigte und Pensionen, mit zusammen etwa 3,3 Milliarden; es kommt hinzu die große Auswertenerung in Deutschland gegenüber dem Ausland, als Kriegsfolge. Die Wehrkosten, die wir an das Ausland und im Inland infolge der Kapitalverwertung im Krieg und nach dem Krieg zahlen, betragen wohl 3 Milliarden. Dazu kommen die gesteigerten sozialen Lasten, die zum großen Teil eine Folge des Krieges sind. Diese Lasten für Arbeitslose und andere soziale Aufgaben, die vom Krieg herkommen, wie die Zuschüsse zum Wohnungsbau, Müllabfuhr, Stiegenaufbau auf insgesamt 4 Milliarden wahrscheinlich nicht zu hoch. Dazu kommen die Liquidations- und Rekrutierungs-Einsparungen, die Aufwertungen der Kriegsausgaben. Verluste der eigentlichen Reparation gehen diese und andere, hier nicht aufgezählte Kosten zusammen einen Jahresbetrag von 12 bis 13 Milliarden, das sind pro Kopf der deutschen Bevölkerung ungefähr zweihundert Mark jährlich, aber für eine Familie von vier Köpfen achthundert Mark. Mit anderen Worten, die Lebenshaltung der deutschen Familie ist durchschnittlich um achthundert Mark infolge des Krieges heruntergebrochen, und das bedeutet natürlich, daß ihre Kaufkraft in

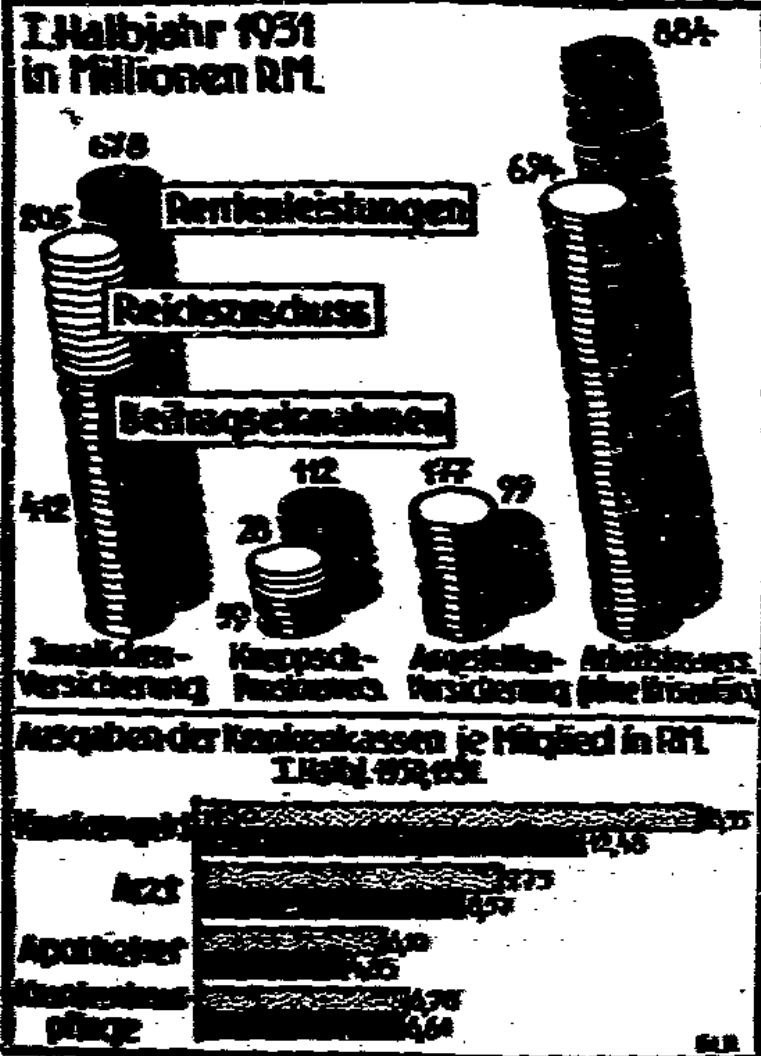
diesem Umfange geschwächt ist. Denn jeder, der an dieser Last mitträgt, muß ja durch Steuern, Versicherungs- und Krankentassenbeiträge, erhöhte Zinsen und Mieten u. a. vorweg einen Teil seines Einkommens hergeben, und da diese Ausgaben alle an die öffentliche Hand geleistet werden, so wirken sie sich indirekt über Steuern, Löhne, Unkosten in den Kalkulationen der Waren aus, das heißt, wir bezahlen bei jedem Stück Brot, das wir essen, bei jedem Stück Leinwand, das wir kaufen, bei allen Gegenständen an den Kriegsschäden der Vergangenheit.

Wenn Menschen, die leichtfertig vom Krieg reden und sich geistig und körperlich darauf einstellen, sich doch klar darüber sein wollten, welche Last ein Krieg nicht nur auf sie, sondern auch auf die kommenden Geschlechter türmt! Wer jetzt mit dem Kriege spielt, spielt mit dem Leben seines Volkes.

Unter den wirtschaftlichen Kriegslasten nehmen die Reparationen einen besonderen Rang ein. Sie bedeuten nämlich einen dauernden Kapitalstrom von Deutschland weg nach dem Ausland, ohne daß dafür ein Äquivalent an Güterstrom nach Deutschland zurückfließt. Das läßt sich bei der großen Beweglichkeit der Weltwirtschaft eine Zeitlang ertragen. Wenn es aber nun schon mehr als ein Jahrzehnt so geschah, so verblutet sich ein Land daran, und den Zahlung empfangenden Ländern wird dieser zusätzliche Blutstrom nicht zuträglich. Diese doppelte Störung hängt mit dem Wesen des Kapitals zusammen. Denn was ist schließlich Kapital? Es entsteht so: Jemand erwirbt durch seine Arbeitskraft oder durch seine Beteiligung an Unternehmungen oder sonst irgendwoher mehr Güteranteil, als er verbraucht. Jede Art von Bezahlung, jede Entlohnung ist im Wesen nichts anderes als die Gewährung eines Anteiles an den erzeugten Gütern. Freilich bekommt man nicht die Güter selbst, sondern zur Bequemlichkeit an ihrer Stelle jenes Ersatzmittel für die substantiellen Güter, mit Hilfe dessen man sie sich zu jeder beliebigen Zeit und in jeder beliebigen Art eben verschaffen kann: das Geld. Das Geld bedeutet Recht auf Güteranteil, das ich täglich geltend machen kann. Wenn

Arbeitslosigkeit u. Sozialversicherung

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich in zweifacher Hinsicht auf die Sozialversicherung aus. Einmal fallen die Beitragseinnahmen, dann aber steigen auch die Leistungen. So hat sich die Lage der deutschen Sozialversicherung im ersten Halbjahr 1931 weiter bedeutend verschlechtert. Die Einnahmen blieben sowohl bei der Kranken- als auch bei der Invaliden- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung weit hinter den Ausgaben zurück. Auch der Uberschuß bei der Angestelltenversicherung ist wesentlich geringer als in früheren Jahren. Bei der Arbeitslosenversicherung ergab sich im ersten Halbjahre 1931 ein Fehlbetrag von 190 Millionen RM., er ist allerdings im zweiten Halbjahr gut zur Hälfte aufgeholt. Der Fehlbetrag bei den reichs-gesetzlichen Krankentassen wird für das erste Halbjahr auf 15 Millionen RM. veranschlagt. Demgegenüber haben diese Krankentassen aber ein Vermögen von 850 bis 900 Millionen RM. Man erwartet bei den Krankentassen, daß sich in der zweiten Jahreshälfte das Defizit nicht mehr vergrößern wird. Dabei sind die Beiträge für die Sozialversicherungen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tra-



gen haben, in den Krisenjahren schon ganz bedeutend erhöht worden. Da jedoch die Einnahmen so katastrophal zurückgehen, daß auch die Ersparnisse durch Stundung der Reparationen längst überholt sind, so wird die Staatskasse nur unter erschwerten Verhältnissen zur Sicherung der Sozialversicherungen eingreifen können. Soll die schwierige Finanzlage der Sozialversicherungen nicht zu deren Zusammenbruch führen, so ist eine allgemeine Besserung der Wirtschaftslage bald erforderlich.

jemand solche Rechte in steigendem Umfang aufspeichert, so sagt man, er bilde Kapital. Er kann bares Geld im Schrank liegen haben, oder Budgetgeld auf der Bank, oder Wertpapiere anlegen: es bedeutet immer Besitz- oder Rechtsanteil an irgendwelchen grundsätzlich schon vorhandenen Gütern. Zugleich erwacht ihm damit eine starke Macht, denn er kann mit dem so aufgespeicherten, zu seiner Verfügung stehenden Anteil an Gütern Unternehmungen errichten, oder sich an solchen beteiligen: er kann „investieren“ und damit an dem wirtschaftlichen Geschehen mit seiner Macht teilnehmen, er bekommt sozusagen „Scharter im Elektrizitätswert in die Hand“.

Wenn aber ein Land von seiner Kapitalbildung jedes Jahr einen großen Anteil weggeben muß, ohne Gegenwert, so entsteht in diesem Land eine Kapitalverarmung, während in den anderen Ländern ein Kapitalberg entsteht. Diese angehäuften Kapitalberge suchen Anlagen, sie haben Neigung, als Darlehen zurückzumandern, und so entsteht ganz von selbst eine Auslandsverschuldung der ärmeren Länder. Die begünstigten Länder aber leiden auch. Die ihnen zufließenden fremden Kapitalien, für die sie nicht gearbeitet, nichts geleistet haben, stören ihre eigene Wirtschaftsordnung. Bei ihnen, das heißt, weil zu viel Kapital im Land ist, sinken die Zinssätze. Noch gefährlicher ist der psychologische Schaden. Unter dem fremden Geldstrom entzündeten sich erfahrungsgemäß leicht die übersteigerten Optimismen, die Ansicht, als müsse es immer und immer besser gehen; es kommt zu starken spekulativen Engagements, die dann eines Tages zusammenbrechen. So war es nach dem Kriege von 1870/71, als die französischen Millionen nach Deutschland kamen, zu einem Gründungsfieber führten, das in einen schrecklichen Zusammenbruch mündete. Und so war es in den Vereinigten Staaten, wohin jener Kapitalstrom schließlich zum großen Teil mündete, der vom Blut der deutschen Wirtschaft gespeist wurde, und wo eine Haufe-Stimmung von großem Umfang und langer Dauer im vergangenen Jahr zu Fehlinvestitionen, übersteigter Abzahlungsinanzierung, zu einem schmerzlichen Börsen-Zusammenbruch und nunmehr zu einer ganz ernstlichen Wirtschaftskrise geführt hat, an der sich die akute Kreditkrise entzündete.

Wir sehen, es ist schon etwas richtig daran: die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze, sie verträgt nicht leicht Störungen aus einem fremden Gebiet. Anhebend mit dem Weltkrieg, diesem großen Zerstörer unseres Lebens und der Hoffnungen unserer Jugend, hat Politik, dieser große Störenfried, die Wirtschaftsordnung vielleicht noch mehr in Unordnung gebracht, als die Fehler der Wirtschaftsführer es zu tun vermochten. Tatsächlich hat ja der endgültige Ausbruch der Kredit-Welt-Krise in Amerika seinen entscheidenden Anfang genommen, in dem Börsenzusammenbruch vom Jahre 1929 an, die zugleich das Ende eines jahrelangen, übersteigerten Optimismus und den Beginn eines weltwirtschaftlichen Pessimismus, der nun auch weit über das sachlich begründete Ausmaß hinausgeht, gebracht haben.

(Aus: F. Dessauer „Im Kampf mit der Wirtschaftskrise“.)

Die Arbeiten der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten

Als am 1. August 1930 die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gegründet wurde, erwartete man von den Arbeiten dieser Gesellschaft eine starke Förderung der Notstandsarbeiten. Die Gesellschaft wurde bei ihrer Gründung mit einem Aktienkapital von 150 Millionen RM. ausgerüstet, und das Reich brachte dafür Forderungen aus der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge in Höhe von nominal rund 387 Millionen RM. in die Gesellschaft ein. Als offene Reserve wurden weitere 105 Millionen RM. ausgesetzt, während der Rest als Sonderreservofonds und stille Reserve zurückgestellt wurde. Alle Erwartungen waren auf eine große Auslandsanleihe eingestellt. Diese Erwartungen haben sich jedoch nicht verwirklichen lassen. Die Gesellschaft war also für ihre Arbeiten auf ihr eigenes Kapital angewiesen.

Nach den bisherigen Berichten, die über die Arbeiten der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten vorliegen, wurden den Ländern seit der Gründung insgesamt 69,3 Millionen RM. zugeteilt. An Darlehen wurden weitere 62,5 Millionen RM. bewilligt, von denen bis Ende des Jahres 1931 31 Millionen RM. abgerufen worden sind. Schon der Unterschied zwischen den bewilligten Darlehen und der abgerufenen Summe zeigt, daß nicht alle Notstandsarbeiten durchgeführt worden sind, die für das Jahr 1931 geplant wurden. Ein Teil der vorgeesehenen Arbeiten ist infolge der im Juli einsetzenden Verschärfung der Verhältnisse unausgeführt geblieben. Die Gesellschaft konnte ihre bisherigen Zahlungen sämtlich aus den Rückflüssen leisten. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft in der Regel ordnungsmäßig erfüllt. Nur einige, in besonderen Notlandsgebieten liegende Gemeinden sind mit ihren Verpflichtungen in Rückstand geblieben.

Die wichtigsten Posten in der Bilanz sind die Ausleihungen an öffentliche Körperschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmungen in einer Gesamthöhe von rund 250 Millionen RM. Der nächste Posten sind Darlehen zur Förderung von Landarbeiterwohnungen im Gesamtbetrag von 75 Millionen RM. Die Erfüllung der schon zugeleg-

ten Darlehensverpflichtungen wird aus den fällig werden- den Eingängen an Zinsen und Tilgungen möglich sein.

Die Gesellschaft hat für das Jahr 1932 ein Kredit- programm aufgestellt, das bisher 30 Millionen RM. für Koststandsarbeiten vorsieht. Die gesamten Eingänge an Zinsen und Tilgungen betragen zwar 45 Millionen RM., aber angesichts der schwierigen Verhältnisse bei den Dar- lehnsnehmern hielt es die Gesellschaft für notwendig, 15 Millionen RM. einmal vorerst zurückzustellen. Die Länder haben von den auf sie entfallenden Kontingenten Mittelteilungen erhalten. Das Kontingent für Preußen betrug in den Jahren 1931 und 1932 insgesamt 41 Millionen RM. Das nächstgrößte Kontingent hat Sachsen mit 7,9 Millionen Reichsmark, es folgen Bayern mit 7,3 Millionen RM., Württemberg mit 4,3 Millionen RM. und dann die ande- ren Länder. Das geringste Kontingent hat Mecklenburg- Strelitz mit 45 000 RM.

Für das Jahr 1932 sind größere Zahlungen für die Fortführung verschiedener Bauarbeiten als Koststands- arbeiten vorgesehen. Der größte Posten mit einem Be- trage von 3 Millionen RM. hat als Träger die Rektor U.-G., Stuttgart für den Redardurchstich bei Heilbronn. Wichtige andere Arbeiten im Rahmen der Aufgaben der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten sind die Her- stellung des Hauptperrdamms der Odertalsperre, deren Träger die Harzwasserwerke der Provinz Hannover sind mit 1 180 000 RM., die Flußfläranlage Baldeneß zwischen Essen und Werden vom Ruhrverband Essen mit 1 331 000 Reichsmark, der Rügendam durch die Provinz Pommern mit 1,5 Millionen RM., die Staustufe Erlabrunn der Rhein-Main-Donau U.-G. mit 2,5 Millionen RM., die Elektrifizierung der Straße Augsburg-Ulm-Stuttgart der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit 2 625 000 RM., und der Bau des Mittellandkanals durch das Reichs- verkehrsministerium mit 1 733 000 RM.

Bei den Arbeiten wurden im Durchschnitt 40 000 Ar- beiter beschäftigt. Die höchste Zahl, die in einem gewissen Zeitabschnitt erreicht wurde, betrug 80 000 Arbeiter, der tiefste Stand war 20 000 Arbeiter. Die Arbeiten am Rügendam können in einem größeren Ausmaß durchgeführt werden, wenn die Verhandlungen über eine Schweden- anleihe zu einem guten Abschluß geführt werden können. Diese Anleihe müßte 25 Millionen RM. betragen. Die Verhandlungen haben nach ihrem bisherigen Verlauf einige Aussicht auf Erfolg. Es liegt im Wesen der Deut- schen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, daß sie eine Ver- zettelung der gegebenen Darlehen nach Möglichkeit ver- meiden will, um die zur Verfügung stehende Summen für einige, aber große Arbeiten einzusetzen. Es hat sich näm- lich gezeigt, daß bei dieser Verzettelung oft allzugroße Verwaltungskosten entstehen, die ein einzelnes Projekt mit solchen Ausgaben allzu sehr belasten. (Wogegen sich immerhin allerhand einwenden läßt. Red.)

Die Invalidenversicherung im Jahre 1932

Im Dezember 1931 laufen etwa 3 Millionen Renten- einheiten, nämlich rund 2 300 000 Invalidenrenten, 670 000 Witwenrenten und etwa rund 610 000 Waisen- renten. Die den Trägern der Invalidenversicherung ob- liegende Rentenlast wird für 1931 auf rund 970 Millionen RM. geschätzt. Da die Renten dem natürlichen Wachstum entsprechend um etwa 70 Millionen steigen, ist seither für 1932 mit einer Rentenlast für die Träger der In- validenversicherung von rund 1 040 Millionen RM. ge- rechnet worden. Die Beitragseinnahme wird für 1931 etwa 840 Millionen RM. betragen. Bei der Besprechung im Reichsversicherungsamt — Ende September 1931 — ist man davon ausgegangen, für 1932 die gleiche Bei- tragseinnahme wie in 1931 — also 840 Millionen RM. — anzusetzen. Wohl die meisten Versicherungsanstalten haben bei Aufstellung der Haushaltspläne hiernach ver- fahren, jedoch besteht die Befürchtung, daß die Beitrags- einnahmen noch weitere Rückgänge erfahren. Diese Be- fürchtung ist ganz sicher begründet. Durch die Be- stimmungen der vierten Reichsnotverordnung werden auf dem Gebiet der Rentenleistungen gewisse Minderausgaben erzielt, und zwar rechnet das Reichsarbeitsministerium damit, daß die Träger der Invalidenversicherung jährlich rund 73 Millionen RM. weniger auszugeben haben. Daneben treten noch Ersparnisse für das Reich in Höhe von rund 27 Millionen RM. ein. Im Hinblick darauf, daß die Vorschriften der vierten Notverordnung nicht sämtlich rechtzeitig zur Anwendung gebracht werden können, wird für die Träger der Invalidenversicherung sich eine jähr- liche Minderausgabe von 70 Millionen RM. ergeben, so daß — rund gerechnet — der Fehlbetrag für 1932 etwa noch 200 Millionen RM. ausmachen wird.

Zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft also eine tiefe Lücke. Das Vermögen der Träger der Invaliden- versicherung betrug am 31. August 1931 (letzte zuverlässig bekannte Zahlen) 1 471 Millionen RM. Gegenüber dem 31. Dezember 1930, für den nach den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen ein Reinvermögen von 1 637 Millio- nen RM. vorhanden war, hat sich hiernach das Rein- vermögen in den ersten acht Monaten des Jahres 1931 um 166 Millionen RM. vermindert. Für Ende 1931 wird mit einem Vermögensbestand von noch etwa 1 130 Millio- nen RM. zu rechnen sein. Wie hoch der Wert dieses Kop- vermögens jetzt hörtenmäßig einzusetzen wäre, dafür fehlt jede Unterlage. Vielleicht müßten 30 bis 40 v. H. ab-

Am 30. Januar 1932 ist der fünfte Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

gesetzt werden, denn der größte Posten von 478 Millionen RM. fällt auf Wertpapiere.

Die Landesversicherungsanstalten können aus ihrem jetzt noch zahlenmäßig über eine Milliarde RM. betragen- den Vermögen so gut wie nichts flüssig machen. Die Landesversicherungsanstalten verlangen, daß das Reich den ihnen zwangsweise übergebenen Betrag von rund 164 Millionen RM. Reichsschatzanweisungen des Jahres 1935 an Stelle baren Geldes jetzt zurücknimmt. Freilich wird durch die Rücknahme der 164 Millionen RM. Reichs- schatzanweisungen keine endgültige Sanierung eintreten. Vielmehr ist nur für das Jahr 1932 eine teilweise Hilfe geschaffen, so daß die Hoffnung besteht, wenigstens über das vielleicht schwerste Jahr 1932 hinwegzukommen.

Vorsicht mit Unterschriften

Möller, was schreien is, is schreuen“, läßt Fritz Reuter seinen Amtshauptmann Bemer sagen, und daraus entwickelt sich eine lustige Gerichtsverhandlung. Was in den Sinnen des Dichters freundlich ausklingt, wird leider dem zum schweren Verdruß, der unvorsichtig seine Unterschrift hergibt, ohne sich der Tragweite dessen be- wußt zu sein, wozu er sich verpflichtet. Wie oft hört man, daß eine Hausfrau einen Bestellschein unterschrieben hat, ohne nachher zu wissen, was alles darin vorgegedruckt war. Sie ließ sich damit trösten, daß die Unterschrift ja nur „Formsache“ sei, bis eine auswärtige Firma auf Grund des Bestellscheines eine Zahlung von beträchtlicher Höhe fordert und mit Klage, natürlich vor einem auswärtigen Gerichte, droht. Wieviel häuslicher Ärger entsteht auf solche Weise. Wie mancher Arbeitnehmer unterschreibt ahnungslos eine Empfangsbekundigung über Lohn oder Gehalt, ohne daran Anstoß zu nehmen, daß sie die Be- deutung enthält, daß er damit für alle seine Ansprüche abgefunden sei. Wie viele Klagen der Arbeitsgerichte gehen um Nachforderungen von Tariflohn und Bezah- lung von Ueberstunden, denen solche Einreden entgegen- gesetzt werden! Wie leicht unterschreibt mancher einen Darlehensvertrag, einen Miet- oder Kaufvertrag mit Abzahlung, der drückende Bedingungen enthält und ihn in Not bringt, sobald er seine Arbeitsstelle verliert oder das Geschäft zurückgeht. Wie mancher Versicherungs- vertrag erlischt auf solche Weise mit großem Verluste für den Versicherten.

Wer als geschäftsfähiger Mensch (mindestens 21 Jahre alt) seine Unterschrift unter einen Vertrag, ein Anerkenntnis, eine Quittung, eine Kündigung oder sonstige Willenserklärung setzt, der muß sich zwar über- legen, ob er auch ernstlich will, was er unterschreiben soll, ob er die Verpflichtungen, die er übernehmen soll, auch für die vorgegebene Zeit wird erfüllen können, und ob das Schriftstück, das ihm vorliegt, auch klar und deut- lich das und nicht mehr enthält, als er mit seinem Ver- tragsgegner in den Vorverhandlungen abgesprochen hat. Durch keine Redensarten, es werde so schlimm nicht kom- men und das Gewissen sei nur Formsache, darf man sich von ernstlicher Ueberlegung abhalten lassen, denn gerade die „Formsache“ schafft ja die Verpflichtung. Drängt der andere auf Unterschrift, dann ist es erst recht am Plage, sich den Inhalt des Schriftstückes genau anzusehen, denn wer es ehrlich meint, wird wünschen, daß sein Vertrags- gegner seinen Willen überlegt. Lieber ein paar Tage Bebenzeit als eine voreilige Unterschrift. Lieber auf eine Annehmlichkeit verzichten (Zunfgerät, teure Bücher, Bilder) als Verpflichtungen eingehen, die über die eigen- en Verhältnisse hinausgehen. Der Kaufmann, der mit seinem Vertragsgegner um Gewinna spekuliert, mag es anders tun; dem besonnenen Hausvater ziemt es, seine Unterschrift nicht leichtfertig herzugeben.

Ueberlebtes

Die kleinen Vaterländer innerhalb Deutschlands haben ihre Geschichte in den mittelalterlichen Stadtstaaten, dann in den nach dem Dreißigjährigen Krieg neu geregelt- en Länderverhältnissen. Eine gewisse Vereinigung brachte der Reichsdeputationshauptschluß von 1803, weiter der Wiener Kongreß und schließlich die Zusammenlegung einiger deutscher Länder 1918 und das Ausgehen einiger kleiner Gebiete in größere Länder. Der politische und wirtschaftliche Wert der deutschen Kleinstaaten braucht heute nicht mehr diskutiert zu werden, der kul- turelle Wert lebensfähiger Mittelstaaten, die immer wieder erneuert aus den guten Eigenschaften der ein- zelnen Stämme, wird seine Lebensberechtigung gegenüber dem manchmal recht geistlosen Zentralisationsstreben zu beweisen haben. Bei der Aussprache über eine staats- geographische Reorientierung Deutschlands wird im allgemeinen nur an die von Süddeutschland kommenden Ansprüche gedacht. Welche geradezu verdrängten gebiet- lichen Verhältnissen sich aber auch in den nördlich des Rheins gelegenen Reichsteilen noch ausfinden, ergibt sich aus nachstehender, unvollständiger Darstellung. Da gibt es Enklaven und Exklaven in Menge. Was sind Enklaven und Exklaven? Es sind kleine staatliche Gebiete, die in andere staatliche Gebiete eingestreut sind; keine von „fremden“, lies andersstaatlichen Landesteilen um- schlossene Ländergebiete. Deren haben wir in Deutsch- land an die 120. Wir finden sie oft auf großen Landarten

nicht, weil sie so klein sind; staatliche „Schreibergärten“. In Nord- und Mitteldeutschland wimmelt es davon, trotz der Bildung von Großfürstentümern, wodurch schon viele solcher kleiner Länderleihen verschwunden sind. Aber die übriggebliebenen machen noch wahrlich genug Ver- waltungsarbeit und kosten darum auch ein schönes Stück Geld. — Braunschweig besteht aus 28 Länderleihen. Der kleine Staat Lüneburg hat 9 Staatsgebieten in Südholfstein verstreut liegen. Was Lüneburg kann, macht selbstverständlich auch Hamburg. 4 Walddörfer irgendwo im Lauenburgi- schen gehören zur Hansestadt. Die Krone setzt Oldenburg allem auf. Seine Enklaven sind 300 Kilometer vom Mutterlande entfernt. Die eine liegt an der Ostsee und nennt sich stolz Fürstentum Lüneburg, die andere befindet sich im südlichen Rheinland, im Hunsrück, als Fürstentum Birkenfeld. Aber damit nicht genug. In die oldenburgische Enklave Lüneburg sind wieder drei Enklaven anderer Staaten eingestreut. Wer möchte leugnen, daß die Pom- mern (Fürstentum Lüneburg) und die Südrheinländer (Fürstentum Birkenfeld), den oldenburgischen Staats- gebieten zutiefst in sich tragen? Ueber Mitteldeutschland gar nicht zu reden. Da kennen sich nur „Fachleute“ aus. Mitteldeutschland ist das typische Bild dafür, wie mit sogenannten staatspolitischen Kinkerlitzchen der Bevölke- rung die Steuergroßen aus der Tasche gezogen werden. Hessen besteht aus drei Hauptteilen und 11 Enklaven. Dies zerstückelte Gebiet trägt in sich wiederum 8 Enklaven anderer Länder. Die schöne Stadt Wimpfen in Württem- berg gehört z. B. zu Hessen. Zu Preußen gehört die Ge- meinde Regenfeld, die mitten in Braunschweig liegt, und ganze fünf Einwohner zählt. Hohenzollern, in Württemberg gelegen, „gehört“ zur Rheinprovinz und hat 10 Exklaven und Enklaven. Preußen und Bayern haben 1866 die größten Enklaven und Exklaven durch Tausch beseitigt. Einige Stillblüten bestehen auch noch heute beiderseits. In einem der braunschweigischen Gebiete befindet sich ein Dorf, das zum größeren Teil braunschweigisch, zum kleineren Teil preussisch ist. Häuser, wo das Schlafzim- mer zum einen, die Küche oder der Stall zum anderen Fürstentum gehörte, gab es früher in Thüringen eine Menge, in diesem braunschweigisch-preussischen Hoheits- gebiet gibt es solche Scherben auch heute noch. Die Weser, der einzige ausschließlich auf deutschem Gebiet fließende Strom, ist auf ihrem Unterlauf 9 mal preussisch und etliche mal mehr oldenburgisch. Die Grotesken dieser Art lassen sich noch weiter ausspinnen. Für solche Dinge be- steht heute weder Verständnis noch staatspolitische Be- rechtigung. Ein Fronter der ehemals thüringischen Klein- staaterei hat sie mit folgendem Vers glossiert:
Grenz, Schleich, Lobenstein,
Das Ländchen ist ja gar zu klein,
Fällt in einem Dorf die Lampe um,
Stinkt's ganze Land nach Petroleum.

Rundschau

Die Arbeitslosigkeit Mitte Januar 1932

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsver- mittlung und Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Januar 1932 5 966 000 Arbeitslose gezählt. Das bedeutet gegenüber dem Jahresende eine Zunahme von annähernd 300 000. In der vorigen Berichtszeit vom 15. bis 31. Dezember 1931 betrug die Zunahme 320 000 und in der gleichen Berichtszeit des Vorjahres 381 000. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen. Während in den Saisonaußenberufen die Auswirkung der jahres- zeitlichen Einflüsse allmählich nachläßt, ist das Tempo der Verschlechterung in den konjunkturempfindlichen Berufs- gruppen wieder rascher geworden. Gegenüber dem letzten Stichtag hat die Zahl der Arbeitslosen in den Saison- außenberufen um 4,4 v. H., in den übrigen Berufen um 5,9 v. H. zugenommen. Die Zunahme der Gesamtzahl betrug rund 5,3 v. H. In der Arbeitslosenversicherung liegt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 136 000 auf rund 1 178 000, in der Krankenfürsorge um rund 41 000 auf 1 547 000. Die Zahl der Wohlfahrts- erwerbslosen erhöhte sich bis Mitte Januar um rund 63 000 auf rund 1 629 000.

Im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien hat sich an dem Zustand winterlicher Arbeitsruhe nichts Wesentliches geändert.

Die Einschränkung der deutschen Ausfuhr durch ver- schärfte Zollmaßnahmen und durch die Verschlechterung wichtiger Währungen machte sich immer bedrohlicher fühlbar, so u. a. am Arbeitsmarkt der Spinnstoffindustrie, der metallverarbeitenden Gewerbe, der Glas-, Porzellan- und der Spielwarenindustrie.

Vermögensbuch mit Lebensversicherung

Bezüglich der Anlage der Spargelder, der größtmög- lichen Sicherheit, der guten Rentabilität der Spareinlagen in Verbindung mit einem Versicherungsschutz für den Tod beschritt vor einiger Zeit die Bauparkasse Ge- meinschaft der Freunde der Wäffentrot in Ludwigs- burg i. Württ. einen neuen Weg. Früher hat sie nur Bauparverträge abgeschlossen, d. h. der anfällige Betrag durfte zum Kauf oder Bau von Häusern zum Um- oder Ausbau oder zur Ablösung von Hypotheken verwandt werden. Die beim Vermögensbuch anfallige Summe kann der Sparer jedoch zu beliebigen Zwecken verwenden. Der Sparer hat die Möglichkeit, ein bestimmtes Kapital in einem im voraus feststehenden Zeitpunkt zusammenzu- sparen, gleichzeitig aber auch die Gemisheit, daß im Falle vorzeitigen Ablebens des Sparerers die Vermögenssumme in voller Höhe zur Auszahlung gelangt. Die Gelder werden in erstklassigen Goldmarkhypotheken für den Bau von Eigenheimen der Bauparke der Gemeinschaft der Freunde angelegt. Die Verzinsung der Spareinlagen ist eine gute. Man kann je nach Alter und Tarif bereits mit dem Betrag von monatlich 2,60 RM. sich eine Ver- mögenssumme von 1000 RM. für den Ablauf der verein- barten Vertragszeit bzw. den Sterbefall sichern. Das Vermögensbuch ist übertragbar und kann getündigt, also

eine Teilsumme jeweils zurückgezahlt werden. Diese Einrichtung bietet auch den weniger Bemittelten die Möglichkeit, sich für die Zukunft ein kleines Vermögen zu sichern und auch die Familienangehörigen im Falle des Todes vor Not zu bewahren. Mit der Bauparke Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot stehen die christlichen Gewerkschaften, Arbeitervereine, Wohnungsorganisationen, Genossenschaften in einem freundschaftlichen Verhältnis.

Befcheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr

Die deutsche Landwirtschaft und in ihr voran die Großlandwirtschaft des deutschen Ostens hat bei ihren Anforderungen an die Allgemeinheit in der Regel nach der umgebogenen Variante des in der Vorberaubung der Ueber-kräft jüdischen Sprichworts gehandelt. Es soll wohl auch dabei bleiben. Herr Dr. von Winterfeld, M. d. L., stellte im November v. J. im Preussischen Landtag folgenden dreigeteilten Antrag:

1. Die Reichs- und Staatssteuern für land-, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe sind niederzuschlagen.
2. Die Gemeindesteuern und die Beiträge zur Unfallversicherung, die von land-, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben zu leisten wären, soll der Staat bezahlen.
3. Der Staat soll außerdem die Mittel für die fälligen Dünger-, Futtermittel und Saatgutwechsel kostenlos vorstrecken.

Die Not der Landwirtschaft soll nicht verkannt werden, aber auch andere Stände leiden Not. Da wird aber gern von Begehrlichkeit der Arbeiter, von mißbräuchlicher Arbeitslosenunterstützung, von Korruption der Gewinnung durch die Sozialversicherung usw. gesprochen. Herr Dr. von Winterfeld hätte seinem Antrag nur noch hinzuzufügen brauchen, daß jedem Landwirt ohne Prüfung der Verhältnisse ein fester Betrag von Staats wegen zugeschiedt werden müsse, was teilweise ja in Form der verschiedenartigsten Subventionen schon geschehen ist.

Tarifnachrichten

Mecklenburg.

Der Schlichter setzte nachstehende Löhne für das Hauptbaugewerbe (ohne Gehirrgeld) fest:

	Ia	I	II
Für Maurer, Zimmerer, Zementmischer, Einbauer f. Beton	96 Pf.	85 Pf.	76 Pf.
Für Tiefbauarbeiter	—	67 Pf.	58 Pf.

Die übrigen Löhne errechnen sich nach den Bestimmungen des Reichs- oder Bezirksstarifvertrages.

Dachdecker.

Für Brandenburg gelten folgende Löhne

Lohnklasse:	Ia	Ib	Ic	Id	Ie	I	II	III
Dachdecker	1,24	1,14	1,05	1,01	0,95	0,95	0,88	0,74
Hilfsarbeit.	0,92	0,85	0,85	0,79	0,77	0,75	0,69	0,58

In der Grenzmark betragen die Löhne:

	Ortsklasse I	Ortsklasse II	Ortsklasse III
Dachdecker	0,97 RM.	0,92 RM.	0,85 RM.
Hilfsarbeiter	0,73 RM.	0,64 RM.	0,60 RM.

Aus dem Verbandsleben

Besuch der Generalversammlungen!
Beteiligung an den gewerkschaftlichen Wahlen!
Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben!
 Das fordert die Zeit von jedem landesbewußten Verbandskollegen.

Grüßchen. Unsere Generalversammlung tagte am 13. Januar. Der Vorsitzende konnte mit Freude konstatieren, daß drei Kollegen auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Es sind das die Kollegen: Josef Petry, Jakob Petry und Georg Stahl. Der Vorsitzende dankte den Jubilaren für die treue Mitgliedschaft und die geleistete Arbeit in den 25 Jahren. Schwere Zeiten waren zu überwinden, was geleistet worden ist, mußte erklämpft werden. In guten und schlechten Jahren haben sie treu zur Organisation gehalten, dafür sei ihnen herzlich gedankt. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Jubilare und auf den Verband überreichte der Vorsitzende den Jubilarkollegen das Ehrendiplom und die silberne Nadel. In kurzen, kernigen Worten gaben sie der Freude Ausdruck, die sie in der Ehre empfinden. In ermunternder Weise ermahnte er die jüngeren Kollegen an, durch jede Eintracht, Vertrauen zur Verbandsleitung und Gottvertrauen unsere Zukunft zu meistern. Im geschäftlichen Teil gab der Vorsitzende einen Bericht dahingehend, daß das Jahr 1931 das schlechteste, besonders für uns Reparaturarbeiter, war. Von unserer Verwaltungsstelle hat keiner das Glas in Arbeit zu sein. Die Kasse wurde in Ordnung gehalten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Jeder Kollege muß in Zukunft mehr Sorge tragen, daß erst alle organisierten Kollegen wieder in Arbeit kommen.

Coffel. Am 15. Januar hielten wir unsere ordentliche Generalversammlung ab. Die Beteiligung war sehr reg, trotzdem fast 90 Prozent unserer Kollegen erwerbslos sind. Zunächst wurde die Verbandswahl erledigt. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender Kollege Strüber, als 1. Kassierer Kollege Gerlach und als 1. Schriftführer Kollege Rededer. Kollege Kortmann dankte dem alten Vorstand und forderte den neuen an, treu und eifrig für den Verband zu wirken. Im folgenden Vortrag behandelte Kollege Strüber die Notwendigkeit und wies besonders auf einige Neuerungen hin. (Zulassung zur Krankenversicherung, Reginal der Sonderkategorie ab 28. März usw.) Gegen die Kürzung der Renten wurde energischer Protest erhoben. Für die Stadterhebung wurde sehr reges Interesse betundet. Bedauert ist, daß für manchen Kollegen ein eigenes Heim

an dessen Erstellung er selbst mithelfen kann, und für uns anderen Kollegen Arbeit und Brot. Der Wunsch aller ist es, daß das Siedlungswerk schneller und in größerem Maße ausgeführt wird. Der Kollege Kortmann gab Bericht über Veränderungen bei der Krankenversicherung. Treue zum Verband und eifrige Werbung soll unsere Jahresparole sein.

Sealingen. Am 12. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung. Zu Anfang gab der Vorsitzende, Kollege Burghardt, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Ortsgruppe, die in diesem Jahre das 25jährige Bestehen feiern kann. Noch drei Kollegen sind vorhanden, die Mitbegründer der Ortsgruppe waren. Kollege Burghardt kann auf das gewiß seltene Verdienst zurückblicken, 25 Jahre als Vorsitzender die Geschäfte geleitet zu haben. Die Versammlung sprach ihm den Dank aus, und sei ihm auch an dieser Stelle für seine Arbeit und sein Streben im Dienste der christlichen Gewerkschaftsbewegung herzlich gedankt. Der Jugend rufen wir zu: Nehmt ein Beispiel, macht es nach. Der Jahresbericht zeigte, daß trotz Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot die Kollegen reslos dem Verband die Treue bewahrt haben. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Kollege Wucherpfennig, Duderstadt, ging in seinem Vortrage von der Gründungszeit der christlichen Gewerkschaften aus, streifte die Entwicklung in der Zeit der Wirtschaftsbüße Deutschlands, zeigte dann, daß der Gewerkschaftsgebanke alle Hemmnisse seitens der Unternehmer und des Vorkriegsstaates überwinden habe, und daß der Solidaritätsgebanke auch den Krieg, die Nachkriegszeit und die Inflation überstanden habe. Auch die jetzt herrschende Wirtschaftsnote darf uns nicht veranlassen, an der Mission unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu zweifeln. Hilfe kommt nicht von anderen Ständen oder Wirtschaftsgruppen, nicht vom Rechts- oder Linksradikalismus, die beide nur die politische Macht erstreben, selbst wenn sie diese nur auf einem Trümmerhaufen errichten können. Wir können daran als die wirtschaftlich Schwächsten kein Interesse haben. Der christliche Gewerkschaftsgebanke ist auf dem Gleichfeld als gut zu bezeichnen. Von circa 2400 Mitgliedern unseres Verbandes haben 2300 die Pflichterfüllungsmarken schon erhalten. Darin liegt das Bekenntnis: Die Gewerkschaften sind heute notwendiger denn je! In Hinsicht auf die vorgegebene Reparationskonferenz wurde eine Entschliegung angenommen, daß ein verarmtes Deutschland unmöglich weitere Reparationen leisten kann und darf. Die Reichsregierung werde hart, so hart wie bei den Notverordnungen gegen das eigene Volk.

Kaufbeuren. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Bayer, erstattete den Jahresbericht. Wie daraus zu ersehen war, lag die Bautätigkeit im vergangenen Jahre arg darnieder. In Hand der Kassenbücher, welche von den Revisoren geprüft wurden, konnte man eine äußerst genaue Buchführung feststellen. Die Vorstandswahl brachte keine Veränderung, denn die alten erprobten Kräfte wurden einstimmig wiedergewählt. Es sind dies: Ludwig Bayer, 1. Vorsitzender, August Müller, 1. Kassierer und Joseph Stedele, 1. Schriftführer. Der von unserem Bezirksleiter Kollegen Schilling, München, gehaltene, lehrreiche Vortrag über Staat, Wirtschaft und Arbeiterschaft gab uns Einblick in die hiermit zusammenhängenden Wissensgebiete. In der Aussprache wurden dann soziale Tagesfragen erörtert und vom Bezirksleiter noch weitere Aufklärungen gegeben. Mit dem Appell an alle Kollegen, auch im kommenden Jahre volle und ganze Verbandsarbeit zu leisten und auf eine bessere Zukunft hoffend, fand die schon verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Seibach. Am 16. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der erste Vorsitzende, L. Sommer, gab den Jahresbericht bekannt, welcher infolge der Arbeitslosigkeit nicht viel Erfreuliches aufwies. Auch der Kassenbericht vom Kassierer J. Kunkel bestätigte diese Tatsache dadurch, daß mehr Arbeitslosen als Ballmarken geleistet wurden. Bei der Neuwahl wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt, darunter als erster Vorsitzender L. Sommer, als erster Kassierer J. Kunkel, als Schriftführer J. Großmann. In der nachfolgenden allgemeinen Aussprache kamen hauptsächlich die Besorgnisse der älteren Kollegen bei Nichtmehrbeschäftigung im Baugewerbe und Fragen der Erhaltung der Mitgliedschaft zum Wort. Auch die jungen Mitglieder, die eine Jugendgruppe bilden, haben sich an der Debatte beteiligt. Sie streben nach einem Rimpel und planen Teilnahme an einer Jugendtagung in Mainz. Kollege B. Jenglein besprach gewisse Schwierigkeiten durch das Arbeitsamt; berechtigten Beschwerden wird nachgegangen. Er gab auch den jüngeren Kollegen praktische Rinde über das Verhalten bei Ablegung der Gesellenprüfung.

Oberglöhen. Am 17. Januar begingen wir den 30. Jahrestag der Gründung unserer örtlichen Verbandsorganisation. Nach vormittägigem Gottesdienst fanden wir uns nachmittags zu einer Festversammlung zusammen. Unser Vorsitzender, Kollege Sialek, konnte neben den Mitgliedern zahlreiche Ehrengäste aus den geistlichen und weltlichen Behörden, dem Arbeiterverein und der Presse begrüßen. In seinem Rückblick erinnerte er daran, daß am gleichen Tage des Jahres 1902 unter der besonderen Mitwirkung zweier begerterter Idealisten, Johann Florian und August Smarsin, der Verband am Orte eingeführt wurde. Beiden Kollegen, die bereits verstorben sind, widmete er ein herzliches Gedenken. Die Gruppe hat sich im Laufe der Jahre gut entwickelt, der Weltkrieg brachte einen Stillstand. 15 Kollegen haben auf dem Felde der Ehre. In der Nachkriegszeit wurde der Verband neu aufgebaut. Die Forderung des Bezirksleiters, Kollegen Leuninger, Priesen, behandelte die harten Kämpfe, die für das Menschenrecht des Arbeiters, aber auch für das Wirtschafts- und Organisationsrecht des christlichen Arbeiters gegen Haverhand in Arbeitgeberkreisen und Besheit auf sozialistischer Seite geführt werden mußten. Die Rede hing aus in ein Bekenntnis zu den Grundätzen des

Christentums und des Vaterlandes. Unsere Forderung bleibt: Gerechtigkeit für alle Stände, auch den Arbeiterstand, ehrliches nationales Wollen ohne Spiel mit der nationalen Gefinnung des Arbeiters. Das spontan gesungene Deutschlandlied hat in unserem Gebiet keine besondere Bedeutung. Die Glückwünsche der geistlichen und weltlichen Behörden sind uns ein Beweis dafür, daß heute anders gedacht wird wie vor 30 Jahren. Dem Kollegen Johann Gregarek wurde unter Glückwünschen für 25jährige Verbandstreue die silberne Nadel und das Verbandsdiplom überreicht. Kollege Heilig, Neustadt, besprach die Treue zu den Idealen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Sinnige Prologe und sonstige Darbietungen gaben der Feier einen warmen Hintergrund.

Bücherschau

Friedrich Dossauer, Im Kampf mit der Wirtschaftskrise. 148 Seiten, kart. RM. 1,90, Leinen RM. 3.—, Buchverlag der Carolusdruckerei, Frankfurt am Main. — Wie ein fürchtbares unentrinnbares Schicksal laftet die augenblickliche Wirtschaftskrise auf allen. Der Druck wird um so stärker empfunden, als die Einsicht in die Ursachen und Zusammenhänge dieser Krise fehlen und ein Ausweg aus ihr nicht gesehen wird. Es droht die Gefahr, daß viele sich einem hoffnungslosen Fatalismus hingeben oder in wildem Aufbegehren zu unbedonnenen Handlungen hingerissen lassen. Demgegenüber ist es ein Verdienst, daß Professor Dossauer in seinem ausgezeichneten Buch versucht, das Verständnis für die augenblicklichen Vorgänge zu weiden. Darüber hinaus leht er sich mit untauglichen Plänen zur Behebung der Krise auseinander und gibt Wege an, die nach seiner Ansicht aus der Krise herausführen können. Aus dem Inhalt erwähnen wir die folgenden Kapitel: Die wirtschaftlichen Störenfriede, Der große fremde Störenfried, Die Wirtschaftskrise, Kommen wir durch, Die wichtigsten Mittel des Wirtschaftskampfes, Nützen die Lohnsenkungen. — Wir empfehlen das Buch sehr.

Das Inhaltsverzeichnis der „Baugewerkschaft“ Jahrgang 1931 ist in bemessener Zahl bei der Hauptgeschäftsstelle vorhanden.

Sterbetafel

Das Mitglied Josef Brod, Hilfsarbeiter, starb im Alter von 28 Jahren eines plötzlichen Todes. Verwaltungsstelle Nachen. Ehre seinem Andenken!

Spezialfabrik für Berufskleidung



LOUIS MOSBERG Arbeitsgarderoben mit der Wasserwaage sind allen voran. Große Lager in La Kellen, echte Teakholzwasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Proben anzugeben, deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung vollständig umsonst meine Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. Louis Mosberg, Bielefeld 5, Breitestraße 44.

Wegen Fab. t. Arbeitsanz. sämtl. Berufs-Spez.: Blauy Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manch.-Anz. W. Pahr. Bln. N. 31 Brunnenstr. 78.

Möbel - Kamerling Berlin, Kastanienall. 56 Ecke Fehrbelliner Str. Speisez., Schlafz., Herrenz. Küchen, Kassa. 10% Rab., Teilzahlung

Roman Gröulich Beitragsmarken BERLIN NO43 Gollnowstraße 1

Bauarbeiterhosen

in allen Farben III Drahtleder, 12er Schuß mit Ledertaschen RM. 10.50, II Drahtleder, in allen Farben RM. 7.—, kräftige Englischleder-Hose RM. 5.50, Isländer, 2 Pfund schwer RM. 6.50 versendet nach Maß, bei Bestellung von RM. 20.— an porto- und spesenfrei ins Haus. Preisliste frei.

Spezialfabrik für Berufsbekleidung, Emil Hehloldt, Dresden-N., Ritterstraße 2.

Kauft bei unseren Intereuten!



Vollständig Kostenlos den neuen farbigen Pracht-Katalog mit vielen überaus günstigen Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Beispiel Damen-Lack- oder Lederspanne fest nur 4.50

Deutsch - Amerik. Schuhgesellschaft München P12 m. b. H. Rosenstr. 11

Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbaumholz



cm 30 40 50 60 70 75 80 90 100 RM. 2.20 2.50 2.70 2.90 3.10 3.30 3.50 3.75 4.00 Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke. Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis.

Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60